

Fragen

**für die Fragestunde der 137. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 10. November 2004**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aigner, Ilse (CDU/CSU)	40, 41	Königshaus, Hellmut (FDP)	17, 18
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	57	Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)	11, 12
Bahr, Daniel (Münster) (FDP)	13, 14	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	23, 24
Baumann, Günter (CDU/CSU)	7, 8	Lensing, Werner (CDU/CSU)	9, 10
Dr. Bergner, Christoph (CDU/CSU)	21, 22	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	2, 50
Burgbacher, Ernst (FDP)	1	Mayer, Stephan (Altötting) (CDU/CSU)	39
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	55, 56	Dr. Mayer, Conny (Freiburg) (CDU/CSU) ..	51, 52
Fahrenschon, Georg (CDU/CSU)	34, 35	Pau, Petra (fraktionslos)	25, 36
Dr. Faust, Hans Georg (CDU/CSU)	44	Raab, Daniela (CDU/CSU)	33, 47
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	45, 46	Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU)	3, 4
Gewalt, Roland (CDU/CSU)	30, 31	Dr. Schröder, Ole (CDU/CSU)	37, 38
Göbel, Ralf (CDU/CSU)	26, 27	Seib, Marion (CDU/CSU)	19, 20
Grindel, Reinhard (CDU/CSU)	28, 29	Spahn, Jens (CDU/CSU)	5, 6
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	48, 49	Tillmann, Antje (CDU/CSU)	42, 43
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	32, 58	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) ...	15, 16
Klimke, Jürgen (CDU/CSU)	53, 54		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	11

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
**Ernst
Burgbacher**
(FDP)

Mit welchen konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung Deutsch und Französisch als Unterrichtssprachen in Frankreich und Deutschland fördern und den Anteil der Schülerinnen und Schüler in den beiden Ländern, die die Sprache des jeweiligen Nachbarlandes lernen, in den kommenden zehn Jahren um jeweils die Hälfte erhöhen, wie beim Treffen von Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac am 26. Oktober 2004 in Berlin vereinbart (vgl. DIE WELT vom 27. Oktober 2004)?
2. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(fraktionslos)

Inwieweit wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass – wenn es zu Verhandlungen mit der Türkei über einen Beitritt in die EU kommen sollte – die legitimen Interessen des kurdischen Volkes Berücksichtigung finden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

3. Abgeordneter
**Albert
Rupprecht**
(Weiden)
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Rechtsschutz deutscher Investoren in der Volksrepublik China vor urheberrechtlichen Vergehen, wie z. B. Raubkopien oder Diebstahl geistigen Eigentums durch ausscheidende Mitarbeiter chinesischer Niederlassungen?
4. Abgeordneter
**Albert
Rupprecht**
(Weiden)
(CDU/CSU)

Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung auf bilateraler oder multilateraler Ebene (z. B. im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO), um den deutschen Investoren in der Volksrepublik China Rechtsschutz vor vergleichbaren urheberrechtlichen Vergehen zu garantieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|--|--|
| 5. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU) | Wie viel Geld wurde in den letzten 10 Jahren in die einzelnen Bundeswehrkasernen investiert, die bis 2010 im Münsterland von neuen und alten Stationierungsentscheidungen betroffen sind? |
| 6. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU) | Wie viel Geld wurde bisher zur Unterbringung des Logistikregiments 16 in Lingen investiert, und wie viel Geld muss noch bis zur nun beschlossenen endgültigen Verlegung nach Delmenhorst investiert werden? |
| 7. Abgeordneter
Günter Baumann
(CDU/CSU) | Welche militärischen Kriterien haben den Bundesminister der Verteidigung, Dr. Peter Struck, dazu bewogen, in seinem am 2. November 2004 veröffentlichten Stationierungskonzept den Bundeswehrstandort Schneeberg zu schließen, und warum wird damit ein Gebirgsjägerbataillon aufgelöst, welches sich in den vergangenen Jahren durch seine Spezialeinsätze in Afghanistan als Bestandteil der angestrebten modernen Interventionsarmee bereits bewährt hat? |
| 8. Abgeordneter
Günter Baumann
(CDU/CSU) | Wie ist es im Sinne der effizienten Verwendung von Steuergeldern zu begründen, dass in den Standort Schneeberg in den vergangenen 14 Jahren 67 Mio. Euro investiert worden sind, davon allein 20 Mio. Euro in den vergangenen vier Jahren? |
| 9. Abgeordneter
Werner Lensing
(CDU/CSU) | Welche konkreten Evaluationen liegen den Aufgabeabsichten der Bundeswehrstandorte Coesfeld und Dülmen im Speziellen zu Grunde, und wann genau sollen die Standorte Coesfeld und Dülmen aufgegeben werden? |
| 10. Abgeordneter
Werner Lensing
(CDU/CSU) | Welche Kosten sind bei der Verlegung des Artillerieaufklärungsbataillons 71 (ehemals Beobachtungspanzerartilleriebataillon 71) von Dülmen nach Coesfeld entstanden, und wie hoch waren die diesbezüglich notwendigen Investitionen in die Immobilie der Freiherr-vom-Stein-Kaserne in Coesfeld? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

11. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)
- Trifft es zu, dass (wie unter anderem bei Reuters am 28. Oktober 2004 zu lesen war) die Krankenkassenschulden bei den Kliniken im Vergleich zum Jahr 2002 um 75 % gestiegen sind?
12. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)
- Ist dies dem zuständigen Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung bekannt gewesen, und wenn ja, seit wann?
13. Abgeordneter
Daniel Bahr
(Münster)
(FDP)
- Aus welchen Gründen wird eine grundlegende Reform der sozialen Pflegeversicherung auf einen Zeitpunkt nach der nächsten Bundestagswahl verschoben, obwohl die Bundesregierung im Rahmen des am 3. November 2004 vom Kabinett gebilligten Dritten Berichts zur Entwicklung der Pflegeversicherung einen weit reichenden Handlungsbedarf, insbesondere hinsichtlich der Stärkung der häuslichen Pflege und verbesserter Leistungen für Demenzkranke, sieht?
14. Abgeordneter
Daniel Bahr
(Münster)
(FDP)
- Ist angesichts des von der Bundesregierung im Dritten Bericht zur Entwicklung der Pflegeversicherung festgestellten Handlungsbedarfes eine Beitragserhöhung zur Ausweitung der Leistungen der sozialen Pflegeversicherung unausweichlich, und wenn ja, in welcher Höhe?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

15. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass aufgrund der Verzögerungen beim Abschluss der Anpassungsvereinbarung über die Finanzierung der Planungsleistungen für den Bau des dritten und vierten Gleises der Rheintalbahn die Offenlage der Planungsunterlagen im Planungsabschnitt 9.0 im Jahr 2004 nicht mehr stattfinden kann und ebenso fünf weitere Planfeststellungsverfahren nicht mehr eingeleitet werden, und wenn ja, zu welchen Folgen wird dies für die weitere Realisierung des Gesamtvorhabens führen?

- | | |
|---|---|
| 16. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU) | Aus welchem Grund ist die Anpassungsvereinbarung seitens der Bundesregierung noch nicht unterzeichnet worden, und zu welchem Termin wird die Unterzeichnung erfolgen? |
| 17. Abgeordneter
Hellmut Königshaus
(FDP) | Ist mit der Fertigstellung der Dresdener Bahn zwischen dem Abzweig Priesterweg in Berlin und dem Berliner Außenring noch vor der Inbetriebnahme des Flughafens Berlin-Brandenburg International (BBI) zu rechnen, und ist die Finanzierung der Shuttle-Verbindung zwischen dem Lehrter Bahnhof in Berlin und dem Terminalbereich des BBI auf dieser Trasse gesichert? |
| 18. Abgeordneter
Hellmut Königshaus
(FDP) | Wie beurteilt die Bundesregierung das bereits 1996 von der FDP Berlin entwickelte Konzept zusätzlicher dezentraler Check-in-Terminals für den BBI, das eine Mitnutzung bestehender bzw. neu zu schaffender Abfertigungseinrichtungen am Flughafen Tempelhof und am zukünftigen Lehrter Bahnhof vorsieht, wobei ein Zubringer-Shuttle die bereits abgefertigten Fluggäste über eine Schienenverbindung über die Dresdener Bahn direkt zum Flugsteig in Schönefeld bringt, und wie beurteilt sie das ähnlich gestaltete „Alternativkonzept THF-SXF“ des Stuttgarter Architekten Hans Georg Brunnert, der allerdings eine neu zu bauende unterirdische Bahnverbindung auf der Trasse der Neukölln-Mittenwalder Eisenbahn vorschlägt? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

- | | |
|--|--|
| 19. Abgeordnete
Marion Seib
(CDU/CSU) | Welche Personen bzw. Funktionsträger sind als Mitglieder der Auswahlkommission vorgesehen, die über die Vergabe der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des neu geschaffenen „Kompetenzzentrums Bologna“ zur Verfügung gestellten Fördermittel an die 20 Hochschulen entscheidet? |
|--|--|

- | | |
|---|---|
| 20. Abgeordnete
Marion Seib
(CDU/CSU) | Nach welchen Kriterien werden die 20 Hochschulen, die letztlich die Fördergelder erhalten, ausgewählt? |
| 21. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU) | Wie wurden die Länder, denen nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes die wesentliche Verantwortung für das Hochschulwesen zugeordnet ist, an der Erarbeitung des vom BMBF neu geschaffenen Förderprogramms „Kompetenzzentrum Bologna“ beteiligt, und auf welche Resonanz stieß dieses Programm in den zuständigen Landesressorts? |
| 22. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU) | Wie wurden die Finanzmittel für das vom BMBF neu geschaffene Förderprogramm „Kompetenzzentrum Bologna“ bzw. „Bologna-Experten für deutsche Hochschulen“ im Haushaltsplan 2005 veranschlagt? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|--|
| 23. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) | Welche waffenrechtlichen Regelungen sind vorgesehen, um der tatsächlichen Gefährlichkeit sog. Soft-air-Waffen, mit denen kleine Plastikkugeln mit hoher Geschwindigkeit abgefeuert werden und die deshalb schwere Augenverletzungen verursachen können, wirksam zu begegnen? |
| 24. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahren durch sog. Soft-air-Waffen, die zur Einschüchterung unter Jugendlichen sowie bei Raubdelikten vermehrt Verwendung finden? |
| 25. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos) | Wie viele antisemitische Straftaten wurden im dritten Quartal 2004 in der Bundesrepublik Deutschland begangen, und wie viele Opfer dieser Straftaten gab es? |

26. Abgeordneter
Ralf Göbel
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, an Stelle des 3. Oktober den Tag der Arbeit am 1. Mai als gesetzlichen Feiertag abzuschaffen?
27. Abgeordneter
Ralf Göbel
(CDU/CSU)
- Wie können nach Auffassung der Bundesregierung die nach wie vor bestehenden Herausforderungen bei der Verwirklichung der deutschen Einheit einer breiten Öffentlichkeit bewusst gemacht und die Schaffung einer gemeinsamen Identität der Menschen in den alten und neuen Bundesländern verbessert werden, wenn der 3. Oktober als gesetzlicher Feiertag abgeschafft wird?
28. Abgeordneter
Reinhard Grindel
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass bei einer Feier des Tages der Deutschen Einheit an jedem ersten Sonntag im Oktober dieser Gedenktag auch an einem 7. Oktober begangen würde, dem Nationalfeiertag aus Anlass der Gründung der früheren DDR?
29. Abgeordneter
Reinhard Grindel
(CDU/CSU)
- Gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen, bei einer weiterhin kritischen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland den Tag der Arbeit künftig an jedem ersten Sonntag im Mai zu begehen?
30. Abgeordneter
Roland Gewalt
(CDU/CSU)
- Wäre es verfassungsrechtlich möglich, dass die Länder in eigener Gesetzgebung den 3. Oktober wieder zum Feiertag bestimmen, und wie beurteilt die Bundesregierung die daraus resultierenden Folgen auch im Hinblick auf eine mögliche Parallelität zweier „Tage der Deutschen Einheit“ (3. Oktober durch Landesgesetzgebung und erster Sonntag im Oktober durch Bundesgesetzgebung)?
31. Abgeordneter
Roland Gewalt
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Abschaffung des arbeitsfreien Nationalfeiertags eine faktische Entkernung des Staatssymbols „Tag der Deutschen Einheit“ darstellt, von der Auswirkungen auf den Stellenwert der von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur „Chefsache“ erklärten weiteren Vervollendung der Einheit ausgehen, und welches Signal verknüpft die Bundesregierung mit ihrem Beschluss hinsichtlich der Anerkennung der historischen Leistungen der Menschen in den neuen Ländern?

32. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, dass „die türkische Regierung hilft, die [illegale] doppelte Staatsangehörigkeit [von schätzungsweise 50 000 Türken] gegenüber deutschen Behörden zu vertuschen“ und per Runderlass vom 10. September 2001 alle 81 Gouverneursämter angewiesen hat, „die in Deutschland verlangten Registerauszüge zu manipulieren“, und wenn ja, was will sie dagegen unternehmen (vgl. FOCUS vom 27. September 2004)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

33. Abgeordnete
Daniela Raab
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung gegen eine Verwendung von Werkvertragsverfahren vorgehen, die, wie in der Pressemitteilung des Hauptzollamts Landshut vom 22. April 2004 beschrieben, in den beteiligten Ländern nicht rechtskonform angewandt werden, und inwieweit findet eine behördliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern statt, um diese Verwendung zu vermeiden?*)
34. Abgeordneter
Georg Fahrenschon
(CDU/CSU)
- Gibt es Pläne von Seiten der Bundesregierung, die Rahmenbedingungen für deutsche Unternehmen für Exportbeziehungen zur Volksrepublik China bzw. zu Hongkong durch ein Doppelbesteuerungsabkommen zu verbessern?
35. Abgeordneter
Georg Fahrenschon
(CDU/CSU)
- Zu welchen anderen Nationen im asiatischen Wirtschaftsraum unterhält die Bundesrepublik Deutschland Doppelbesteuerungsabkommen, bzw. sind der Bundesregierung andere EU-Mitgliedstaaten bekannt, die Doppelbesteuerungsabkommen zur Volksrepublik China/Hongkong unterhalten?
36. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)
- In wie vielen Fällen hat das Zollkriminalamt seit 1992 nach den §§ 39 und 41 Außenwirtschaftsgesetz (AWG) Eingriffe in das Telefon- und Postgeheimnis beantragt, und wie oft sind solche Maßnahmen richterlich angeordnet worden?

*) Siehe hierzu auch Frage 47.

37. Abgeordneter
Dr. Ole Schröder
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Abschaffung des Feiertages zum Tag der Deutschen Einheit für eine geeignete und vorrangig durchzuführende Maßnahme, um das Problem reduzierter Steuereinnahmen aufgrund eines im europäischen Vergleich unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums zu lösen?
38. Abgeordneter
Dr. Ole Schröder
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, die Jahresarbeitsdauer aller Deutschen zu erhöhen, oder begründet sich der Vorschlag der Bundesregierung zur Abschaffung eines Feiertages allein in der Notwendigkeit, zusätzliche Steuern einzunehmen?
39. Abgeordneter
Stephan Mayer
(Altötting)
(CDU/CSU)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung hinsichtlich der geplanten Verlegung des Tages der Deutschen Einheit, dass der Freistaat Bayern die größte Produktivität vorweisen kann, obwohl es dort die meisten Feiertage in Deutschland gibt?
40. Abgeordnete
Ilse Aigner
(CDU/CSU)
- Hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) bei vergleichbaren Transaktionen, z. B. Privatisierungen, schon einmal auf jede Form von Ausschreibungen verzichtet, wie dies bei den Russlandderivaten der Fall war (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Finanzen, Karl Diller, vom 3. November 2004 auf meine schriftlichen Fragen mit den Arbeitsnummern 303 und 304 für den Monat Oktober 2004)?
41. Abgeordnete
Ilse Aigner
(CDU/CSU)
- Welche Rechtfertigung gibt es für den Verzicht auf jegliche Ausschreibung?
42. Abgeordnete
Antje Tillmann
(CDU/CSU)
- Haben die Banken, die den Bund beim Verkauf der Russlandforderungen beraten haben, zum Abschluss die mit der Transaktion befassten Beamten des BMF zu einer „Feier“ der Transaktion eingeladen?
43. Abgeordnete
Antje Tillmann
(CDU/CSU)
- Wer wurde dazu eingeladen, wer hat teilgenommen?

- | | |
|--|--|
| 44. Abgeordneter
Dr. Hans Georg Faust
(CDU/CSU) | Haben Beschäftigte des BMF Leistungen oder Vorteile im Zusammenhang mit der Transaktion „Verkauf der Russlandforderungen“ erhalten, und wenn ja, welche waren dies im Einzelnen? |
| 45. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU) | Welche Leistungen umfasste die Einladung zur Feier über den Abschluss der Transaktion hinsichtlich der Russlandforderungen, und welchen Gegenwert hatten diese in etwa? |
| 46. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU) | Hatten die betreffenden Beamten im Einladungszeitpunkt eine dienstliche Genehmigung zur Annahme solcher „Geschenke“? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

- | | |
|--|---|
| 47. Abgeordnete
Daniela Raab
(CDU/CSU) | Wie will die Bundesregierung gegen das Anmelden eines Gewerbes durch Personen aus den EU-Beitrittsländern vorgehen, die auf diese Weise die Verpflichtung, eine Arbeitserlaubnis zu beantragen, vermeiden, und wurde die Möglichkeit, im Rahmen der Niederlassungsfreiheit unbeschränkt Zutritt zum deutschen Markt zu erlangen, beim EU-Beitritt bewusst in Kauf genommen?*) |
| 48. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Übergangsfrist der Dienstleistungsfreiheit im Rahmen der EU-Osterweiterung in den Bereichen Bau, Innendekoration, Gebäudereinigung dadurch umgangen wird, dass sich Personen aus den neuen EU-Mitgliedsländern in der Bundesrepublik Deutschland niederlassen, ein Unternehmen anmelden und genau diese Dienstleistungen anbieten, und wenn ja, sieht die Bundesregierung darin einen Wettbewerbsnachteil deutscher Unternehmen, die in den durch die Übergangsfrist eingeschränkten Bereichen Dienstleistungen anbieten? |

*) Siehe hierzu auch Frage 33.

49. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Missbrauchsfälle der Arbeitnehmerentsendung im Rahmen des Werkvertragsverfahrens bekannt, und wenn ja, sieht die Bundesregierung dadurch Anlass, darauf hinzuwirken, dass die Auswahlkriterien für die Partnerunternehmen in den entsendenden Staaten verschärft werden?
50. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzs
(fraktionslos)
- Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Gestaltung der Kooperation zwischen Kommunen und den Arbeitsämtern, und inwieweit sollte dabei sichergestellt werden, dass die arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien den regionalen Besonderheiten angepasst werden können und die Regionaldirektionen erweiterte Entscheidungskompetenzen durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) erhalten, um schneller, kompetenter und regionalspezifisch auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes reagieren zu können?
51. Abgeordnete
Dr. Conny Mayer
(Freiburg)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, ihre Haltung hinsichtlich der Fortsetzung der Gemeinschaftsinitiative INTERREG entlang der alten Binnengrenzen der Europäischen Union vor dem Hintergrund der Stellungnahme des Bundesrates aus dessen 804. Sitzung vom 15. Oktober 2004 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds – Bundesratsdrucksache 571/1/04 (neu) – zu korrigieren, und wird die Bundesregierung diesen Bundesratsbeschluss maßgeblich berücksichtigen?
52. Abgeordnete
Dr. Conny Mayer
(Freiburg)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass gerade die INTERREG-Gemeinschaftsinitiative als bewährtes und erfolgreiches Instrument der Förderung grenzübergreifender Zusammenarbeit besonders geeignet wäre, die auch seitens der Bundesregierung politisch erwünschte Schaffung von Eurodistrikten zu fördern?
53. Abgeordneter
Jürgen Klimke
(CDU/CSU)
- Stimmt die Bundesregierung mit der Auffassung überein, dass § 44b Abs. 3 letzter Satz des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II), der besagt, dass die Aufsicht über die Arbeitsgemeinschaft durch die zuständige oberste Landesbehörde im Benehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Ar-

beit geführt wird, so zu verstehen ist, dass damit auch die Fachaufsicht der Landesbehörden über die Arbeitsgemeinschaften zwischen Agenturen für Arbeit und kommunalen Trägern mit eingeschlossen ist, und wenn nein, warum nicht?

54. Abgeordneter
**Jürgen
Klimke**
(CDU/CSU)

Wann gibt die BA bekannt, in welcher Höhe die Arbeitsgemeinschaften Gelder zum Umbau oder Aufbau der Job-Center als Anschubfinanzierung erhalten, um sicherzustellen, dass der Aufbau der Job-Center reibungslos funktioniert und eine Abrechnung der Maßnahmen – wie durch die BA vorgesehen – bis zum 31. Dezember 2004 erfolgen kann?

55. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Arbeit privater Bildungsträger, die beispielsweise als so genannte Integrationsfachdienste Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Arbeitsmarkt durchführen, durch den Wegfall bzw. die Einschränkungen von Qualifizierungsmaßnahmen durch die BA gefährdet ist, und wenn ja, wie beurteilt sie die sich daraus ergebende Situation der Bildungsträger und der betroffenen Arbeitsuchenden?

56. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass nach dem Auslaufen der aktuellen Verträge der so genannten Integrationsfachdienste mit der BA zum 31. Dezember 2004 neue Maßnahmen öffentlich ausgeschrieben werden müssen, und wie begründet sie ihre Haltung?

57. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)

Können Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) und von europäischen Förderprogrammen für Konversionsmaßnahmen in Gebieten eingesetzt werden, die nicht als Fördergebiete der GA anerkannt sind?

58. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, um die in den vergangenen 15 Jahren als Spätaussiedler aus dem Bereich der ehemaligen Sowjetunion aufgenommenen 200 000 Akademiker, darunter ein Fünftel Maschinenbauingenieure, die „wegen der fehlenden Förderung zur Anpassung an die Bedingungen in der Bundesrepublik [...] fast alle weit unterhalb

ihrer Qualifikation als Dreher, Schlosser oder Schweißer“ (vgl. Pressemitteilung des Bundes der Vertriebenen, Landesverband Nordrhein-Westfalen vom 20. Oktober 2004) arbeiten, besser zu qualifizieren, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang den Vorschlag des Zuwanderungsrates, 25 000 Fachkräfte, darunter auch Maschinenbauingenieure, aus Nicht-EU-Ländern anzuwerben?

